

# Europa weiter stärken

## Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

**Christiane Heidbrink**

Deutschland trat am 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2020 an. „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ wurde zum Leitslogan für diese Periode. Doch wo steht Europa nun nach Ende der dreizehnten deutschen EU-Ratspräsidentschaft? Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen.

Deutschland konnte im Jahr 2020 gleich zwei Rollen von herausragender Bedeutung spielen: Zum einen war es nichtständiges-Mitglied im UN-Sicherheitsrat, zum anderen hatte es den Vorsitz im Rat der EU. In beiden Fällen spielte die Corona-Pandemie eine zentrale Rolle – im Programm der EU-Ratspräsidentschaft „EU2020DE“ drängte sich die Bewältigung der Krise an die Spitze der Agenda. Weitere Prioritäten umfassten die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen, die Brexit-Verhandlungen oder auch die Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Stärker, innovativer, gerechter, nachhaltiger und sicherer solle die Europäische Union werden. Es handelt sich um ein wahres Mammut-Programm, denn damit sind noch nicht einmal alle Themen und Ziele der Agenda aufgezählt.

### Normative Zerreißprobe

Europas Antwort auf die Corona-Pandemie überschattet die gesamte Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die Ausgangslage war also denkbar schlecht. Auf der Haben-Seite sind sicherlich die im Juli 2020 erfolgte Verständigung sowie die spätere formale Einigung über den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) zu nennen. Schon unter normalen Umständen gelten Haushaltsverhandlungen zu den schwierigsten in der EU. Es werden die Prioritäten für sieben Jahre, also nun 2021 bis 2027, festgelegt, und somit auch Nettozahler und Nettoempfänger in diesem Zeitraum. Deutschland stand vor einem



Regierungssprecher Steffen Seibert stellte das Logo der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor

Balanceakt zwischen eigenen Interessen als größter Nettozahler und der Ratspräsidentschaftsrolle als „ehrlicher Makler“. Der Kompromiss gelang. Der Weg dahin war steinig. Im Vergleich zur letzten deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 sind die normativen Fliehkräfte innerhalb der EU deutlich gestiegen. Schon damals musste Deutschland der Lethargie in der EU entgegenwirken und mit der „Berliner Erklärung“ im März 2007 die europäische Idee wiederbeleben. Doch was in der Finanzkrise Ende der 00er-Jahre noch undenkbar schien, wurde nun mit dem größten bisherigen Finanzpaket ermöglicht. Der Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ plant bis zu 750 Mrd. Euro an Corona-Hilfen, welche über gemeinsame Schulden finanziert werden. Nicht zuletzt Deutschland zeigte hier Kompromissbereitschaft und musste Solidarität großschreiben. Doch der im EU-Haushalt vereinbarte Konditionalitätsmechanismus stieß Polen und Ungarn bitter auf. Ihre Blockade zwang die übrigen Mitgliedsstaaten alternative Auszahlungsmöglichkeiten für schnelle Corona-Hilfen auszuloten und entfacht

te erneut den Streit über europäische Rechtsstaatsstandards. Das Provisorium eines ausgegliederten Corona-Finanzpakets im Rahmen einer „verstärkten Zusammenarbeit“ widersprach jedoch dem Grundsatz, ein geeintes Europa der gemeinsamen Werte voranzubringen. Die Signalwirkung nach innen wie außen wäre fatal gewesen. Doch auch der erreichte Kompromiss im Dezember mit den zwei Visegrad-Staaten hinterlässt einen faden Beigeschmack. Unterm Strich hat Deutschland das Ziel erreicht, den EU-Haushalt für alle Mitgliedsstaaten zu vereinbaren. Dass alle unzufrieden mit diesem Ergebnis scheinen, qualifiziert es erst zu einem guten Kompromiss nach dem französischen Politiker Aristide Briand.

### Ein handlungsfähiges Europa?

Die Finanzverhandlungen gestalten sich auch schwierig, da der Austritt Großbritanniens aus der EU kompensiert werden muss. Bis zuletzt waren die Fronten verhärtet. Das erklärte Ziel der EU2020DE

### Autor

**Christiane Heidbrink** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Global Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.